



# STELLUNGNAHME

## **Für eine inklusive Gesellschaft. Ethische Dimensionen nichtinvasiver Pränataldiagnostik müssen berücksichtigt werden**

Als Katholischer Deutscher Frauenbund e.V. (KDFB) verfolgen wir den bisherigen Bewertungsprozess um die geplante Aufnahme von molekulargenetischen Bluttests zur Erkennung von Trisomien in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen (z.B. „Praenatest“) kritisch.

Wir begrüßen daher nachdrücklich die derzeitigen interfraktionellen Überlegungen, dazu eine Orientierungsdebatte im Deutschen Bundestag zu führen. Wir halten eine deutlich breitere öffentliche Diskussion über die ethische Dimension des geplanten Vorhabens für dringend erforderlich und längst überfällig. Dabei müssen die Chancen und Risiken und insbesondere die Folgen der Bluttests öffentlich diskutiert werden. Der KDFB sieht die Gefahr, dass Tests wie der seit 2012 in Deutschland als Eigenleistung erhältliche „Praenatest“ im Regelleistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung stärker als bisher eine Maßnahme zur Selektion von Kindern mit und ohne genetische Auffälligkeiten darstellen. Zudem verstärken entsprechende Angebote den Druck auf schwangere Frauen/ werdende Eltern. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, dass die frühen nicht-invasiven Bluttests weniger Risiken für die Schwangere und den Fötus bedeuten als die Fruchtwasseruntersuchung, mit der später in der Schwangerschaft auf genetische Abweichungen getestet werden kann.

Nach §15 des Gendiagnostikgesetzes bedarf es vor und nach jeder pränatalen gendiagnostischen Untersuchung einer umfassenden Aufklärung und Beratung. Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen jedoch, dass hier deutlicher Entwicklungsbedarf besteht. Aus Sicht des KDFB führt die derzeitige zunehmende Konfrontation mit Angeboten der Pränataldiagnostik vielfach eher zu Verunsicherung und Ängsten von schwangeren Frauen und trägt zu einem gesellschaftlichen Klima bei, in dem Menschen mit Behinderungen sowie deren Eltern ausgegrenzt werden.

Der KDFB setzt sich für eine inklusive Gesellschaft ein. Er fordert von den Verantwortlichen in Politik und im Gesundheitswesen:

- begleitende Unterstützungsangebote für Eltern von Kindern mit Behinderungen kontinuierlich auszubauen;



- ergebnisoffene, psychosoziale Beratungsangebote in der Schwangerschaft für werdende Mütter und Väter von Kindern mit voraussichtlicher Behinderung zu sichern und auszubauen;
- insbesondere im ethisch sensiblen Bereich der Pränataldiagnostik qualitätsgesicherte, unabhängige, leicht verständliche und umfassende Informationen zu erstellen, um schwangeren Frauen tatsächlich eine selbstbestimmte Entscheidung über die Inanspruchnahme von Untersuchungen und Maßnahmen zu ermöglichen;
- sich gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention insgesamt aktiv für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Teilen von Gesellschaft einzusetzen und den Abbau jedweder Form von Diskriminierung voranzutreiben.

*Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung, 21.10.2018*